

BUNDESAUSSCHUSS POLITISCHE BILDUNG

NEWSLETTER AUSGABE 4/2009

1. [EDITORIAL](#)
 - Theo W. Länge, Vorsitzender
2. [„POLITISCHE BILDUNG, DIE BEWEGT“](#)
 - Interview mit zwei Stipendiaten des Programms „Politische Bildung in Aktion“
3. [EUROPÄISCHES JAHR 2010 GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG](#)
 - Über 800 Projektanträge - Auftaktveranstaltung am 25. Februar 2010 in Berlin
4. [PRAXISFORSCHUNG NUTZEN, POLITISCHE BILDUNG WEITERENTWICKELN](#)
 - Zwischenbericht des bap-Forschungsprojekts
5. [„OSTALGIE“ ODER KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER EIGENEN GESCHICHTE?](#)
 - Projekt „Jubiläumskinder“ rückt Geschichts- und Gegenwartsbewusstsein der ostdeutschen Generation von '89 in den Blickpunkt
6. [PRAXIS POLITISCHE BILDUNG 4/2009](#)
 - Thema: „Zeitgeschichte“
7. [AUS DEM BUNDESTAG UND DEN AUSSCHÜSSEN](#)
 - Themen u. a.: Rede Lammert, Stiftung gegen Rechts, Integrationskurse
8. [TERMINE UND HINWEISE](#)
 - Informationen aus der Politischen Bildung

1. EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

Schuldenbremse, Schattenhaushalt, Sonderfonds: Gewohnt kraftvoll ist die Rhetorik der Politik, die mit derlei Begriffen Themen auf der politischen Agenda für die Zukunft Deutschlands umschreibt. Allerdings „die Themen die bewegen, sind nicht immer die, die bewegen sollen“, findet Agnes Simon im bap-Interview. Die junge Rumänin ist Stipendiatin des Programms „Politische Bildung in Aktion“ der Robert Bosch Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung. Gemeint sind Themen wie Minderheiten oder Gleichberechtigung, Integration oder soziale Ungleichheit, die in der öffentlichen Wahrnehmung meist weit hinter den „großen“ wirtschafts- und finanzpolitischen Themen zurückstehen. Umso bedeutender, dass die EU-Kommission 2010 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ erklärt hat. Denn trotz vielfach bestehender Sozialsysteme beeinträchtigen Armut und Ausgrenzung nicht nur das Wohlergehen von Menschen, sondern insbesondere auch ihre Fähigkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Darauf will das EU-Jahr aufmerksam machen. Rund 800 Projektvorschläge sind allein in Deutschland eingegangen. Ein Zeichen dafür, dass Armut und Ausgrenzung keine Randthemen sind. Nicht für die Medien, nicht für die Politik und schon gar nicht für die Menschen.

„Wir sind nicht das Volk, sondern die Volksvertretung“: Die Worte von Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert an das neugewählte Parlament klingen beinahe wie ein Weckruf. In seiner Antrittsrede ruft er den Abgeordneten ins Bewusstsein, dass „wir gewählt sind, aber nicht gesalbt, nicht für immer, sondern für ganze vier Jahre“. Selbst Mitglied der Regierungsfraktion betont er die Bedeutung der parlamentarischen Opposition, die in einer Demokratie den Unterschied macht.

„Mehrheit und Minderheit“, sagt Lammert. „Rede und Widerrede.“ Als Akteure der politischen Bildung setzen wir uns für Themen ein, die bewegen sollen. Ob wir dabei tatsächlich etwas bewirken, hängt auch davon ab, ob und in welchem Maße wir es schaffen, Menschen zu begeistern. Ich würde mir wünschen, dass dies gelingt. Nicht nur in den kommenden vier Jahren.

Herzlich

Ihr

Theo W. Länge
Vorsitzender bap

[zur Übersicht](#)

2. „POLITISCHE BILDUNG, DIE BEWEGT“

Interview mit Ágnes Simon und Bulcsú Hunyadi, Stipendiaten des Programms „Politische Bildung in Aktion“

Zum zweiten Mal wird in diesem Jahr das Stipendiatenprogramm „Politische Bildung in Aktion“ durchgeführt. Die Bundeszentrale für politische Bildung und die Robert Bosch Stiftung ermöglichen damit 15 jungen Fachkräften der politischen Bildung aus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn die Hospitation in einer deutschen Einrichtung der politischen Bildung.

Im Rahmen des Auftaktseminars befragte der bap mit Ágnes Simon aus Rumänien und Bulcsú Hunyadi aus Ungarn zwei Stipendiaten zu ihren Erwartungen an das Programm, der Vielfalt von politischer Bildungsarbeit und dem Verständnis von politischer Bildung in ihren jeweiligen Heimatländern.

Ágnes, Sie arbeiten im Deutschen Kulturzentrum Klausenburg, einer Einrichtung für den Rumänisch-Deutschen Kulturaustausch. Gehört politische Bildungsarbeit für Sie dazu?

Ágnes: Meine Arbeit bewegt sich nicht nur im Kulturbereich, sondern behandelt vor allem auch historisch-politische Bildung. Wir trennen Kultur und Bildung generell nicht, denn jede Kulturveranstaltung hat immer auch ein verstecktes Bildungsziel. Unsere Aufgabe ist es zum Beispiel, ein aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln.

Können Sie ein Beispiel nennen?

Ágnes: Im Bereich historisch-politische Bildung gab es das Projekt „Ikonografien der Erinnerung“, ein trinationales Projekt, das sich an junge Menschen aus Deutschland, Rumänien und Litauen richtete. Die Teilnehmer haben gemeinsam so genannte „Erinnerungsorte“ von Kommunismus, Holocaust und dem politischen Umbruch von 1989 auf ihre historische Bedeutung und das Verständnis hin analysiert. Es gab auch eine Begegnung in Berlin.

Bulcsú, Sie sind in Budapest in einer Politikberatung tätig. Wie passt das mit politischer Bildung zusammen?

Bulcsú: Das passt auf den ersten Blick nicht so ganz ins Bild. Auf der einen Seite machen wir strategische politische Beratung speziell auf kommunaler Ebene und organisieren Kampagnen. Auf der anderen Seite denke ich aber, dass politische Bildung eigentlich auch immer zur Politikberatung dazu gehört. Politische Bildung zielt meiner Ansicht nach auf die Nachfrageseite ab – die Träger setzen sich ja zum Ziel, die politische Kompetenz der Bürger zu fördern. Politikberatung dagegen beeinflusst die Angebotsseite dadurch, dass sie zur Formulierung, Gestaltung und Darstellung der Politik beitragen kann. Insofern haben auch Politikberater große Verantwortung dafür, dass die Politik verständlich und jedem zugänglich ist. Ich würde daher die Aussage wagen, dass auch Politikberatung eine Art politische Bildungsarbeit leistet, deren Zielgruppe in erster Linie jedoch nicht die Bürger, sondern die politischen Akteure sind.

Welches sind in Ihren Heimatländern politische oder gesellschaftliche Themen, die bewegen?

Ágnes: Es gibt gesellschaftliche Themen, die bewegen, und es gibt solche, die bewegen sollten. Die Themen, die bewegen, hängen sehr oft mit der aktuellen Tagespolitik zusammen und sind meiner Ansicht nach nicht unbedingt immer bedeutend. Für mich wäre es wichtig, dass man den Blick der Leute auch auf solche Themen lenkt, über die man sonst nicht spricht, wie zum Beispiel den Umweltschutz oder eine Aufarbeitung unserer totalitären Vergangenheit – das ist wirklich kein Thema, noch immer nicht. Die verschiedenen Minderheitengruppen, EU-Beitritt und EU-Mitgliedschaft – auch darüber wird kaum gesprochen. Wenn man die Leute zum Beispiel fragt, was es für Rumänien eigentlich bedeutet, in der EU zu sein, dann können diese nicht viel sagen, außer dass man frei ins Ausland fahren kann. Ich denke, die Kenntnisse im Bereich politischer Bildung sind wirklich sehr ausbaufähig – in jeder Hinsicht.

Bulcsú: Bezogen auf Staat oder Regierung sind das Themen, die für das Funktionieren Ungarns in den nächsten zehn Jahren wichtig sind, also wirtschaftliche Entwicklung, Bekämpfung von Korruption, Gesundheits- und Rentenreform wie auch das Bildungssystem. Dann gibt es noch die gesellschaftlichen Themen, von denen auch Ágnes gesprochen hat, die in der Gesellschaft heutzutage noch kein großes Echo finden. In Ungarn sind das zum Beispiel die Roma-Minderheit, Migration, aber auch Umweltschutz und Gender-Fragen. Außerdem haben wir sehr viel auf dem Gebiet der Geschichtsaufarbeitung nachzuholen.

Wie erleben Sie politische Diskussionen in Deutschland? Gibt es Unterschiede?

Bulcsú: In Ungarn habe ich den Eindruck, dass geredet wird, um sich zu zeigen und gleichzeitig konkrete Schritte hinauszuzögern, verbindliche Aussagen zu vermeiden. In Deutschland hingegen geht es meines Erachtens nach viel mehr um tatsächlichen Austausch und Problemlösungen. Was mir in Deutschland immer auffällt ist, dass die Politiker viel einfacher reden als in Ungarn und trotzdem glaubwürdig wirken und verstanden werden. Bei uns wird viel geredet, meistens nicht zugehört und das, was getan wurde, hat meist nichts mit dem zu tun, was vorher gesagt wurde. Was vielleicht den Unterschied zwischen der politischen Kultur in Ungarn und in Deutschland am besten darstellt ist die unterschiedliche Betrachtung des ‚Henne-Ei-Problems‘ der politischen Kommunikation: „Was war zuerst da: die Politik oder die Kommunikation?“ Anders gesagt, die kritische Masse, die zur Auslösung politischen Handelns benötigt wird, ist in Ungarn viel größer und schwerer zu erreichen als in Deutschland.

Ist das vielleicht auch noch aus der Geschichte zu begründen, weil Demokratie noch nicht „gelernt“ ist?

Ágnes: Genau das wollte ich sagen, dass der Ausdruck von der „jungen Demokratie“ schon was an sich hat. Wenn ich vergleiche, auch vom Gefühl her, wie man hier in Deutschland auf politischer Ebene diskutiert und wie es in Rumänien oder auch in einigen anderen Ländern Osteuropas der Fall ist, dann würde ich sagen, dass unser politischer Diskurs irgendwie noch in Kinderschuhen steckt, während mir der deutsche erwachsen vorkommt. Damit meine ich zum Beispiel den moralischen Aspekt, die Übernahme von Verantwortung für die eigenen Worte und Taten – das alles fehlt in Rumänien oft.

Was kann politische Bildung da bewirken?

Ágnes: Uns wird immer wieder die Frage gestellt, warum wir mit Jugendlichen arbeiten. Den rumänischen jungen Leuten wird oft vorgeworfen, dass sie uninteressiert sind, dass sie materialistisch denken, dass sie keine Zivilcourage entwickelt haben, ein Opferdenken draufhaben und ihren Gestaltungsspielraum nicht wahrnehmen – nicht nur in der Politik, sondern allgemein. Andererseits haben Jugendliche keine vorgefertigte Meinung. Bestenfalls haben sie gar keine. Daher ist es mein Anliegen, ihnen zu zeigen, welche Gestaltungsfreiheit eine Demokratie bereit hält. Das möchte ich vermitteln.

Kommen wir noch einmal zurück zum Stipendium. Mit welchen Erwartungen sind Sie gekommen und was nehmen Sie mit zurück?

Bulcsú: Erstmal sehr viel Erfahrung wahrscheinlich – wie politische Bildung und das System der politischen Bildung in Deutschland funktioniert, wie die Träger arbeiten oder was für Projekte sie durchführen. Dann erhoffe ich mir, dass ich viele Kontakte knüpfen und diese auch nutzen kann. Das heißt, dass ich später in Ungarn in meiner jetzigen Tätigkeit, aber vielleicht auch in anderer Funktion, Projekte mit den Stiftungen oder mit den Partnern durchführen kann, die ich hier kennengelernt habe und mit denen ich jetzt zusammenarbeite.

Ágnes: Ich hoffe, dass wir im Deutschen Kulturzentrum weiterhin, vielleicht sogar verstärkt, mehrsprachige Projekte machen können. Wir haben hier einen sehr starken universitären Hintergrund. An der Babeş-Bolyai-Universität Cluj gibt es 14 Studiengänge, die in deutscher Sprache angeboten werden. Insofern haben wir ein sehr großes potenzielles Publikum für unsere Veranstaltungen. Das Programm „Politische Bildung in Aktion“ eröffnet uns einerseits einen guten Einblick in die Landschaft der politischen Bildung in Deutschland. Andererseits ist es ja auch ein Qualifizierungsstipendium, bei dem ich zusätzlich wichtige Kontakte für zukünftige Projekte – sowohl mit osteuropäischen Trägern als auch mit deutschen – knüpfen kann. Ich sehe uns auch ein bisschen als Wegweiser in der Stadt Klausenburg.

Ihnen beiden vielen Dank für das Gespräch.

Über Ágnes Simon

Ágnes Simon leitet die Kulturabteilung des Deutschen Kulturzentrums Klausenburg in Rumänien, einer Institution in Trägerschaft der Rumänisch-Deutschen Kulturgesellschaft Klausenburg. Ziel ist ein lebendiger Kulturaustausch zwischen Rumänien und Deutschland. Die Angebote richten sich somit an Menschen, die Interesse am deutschen wie auch am europäischen Kulturraum insgesamt haben. Dazu bietet das Deutsche Kulturzentrum Klausenburg neben einem vielfältigen Programm mit Ausstellungen, Konzerten, Workshops und Lesungen auch eine umfangreiche Bibliothek, ein Lehrmittelzentrum und Sprachkurse zum Erlernen der Deutschen Sprache. Als Stipendiatin des Programms „Politische Bildung in Aktion“ hospitiert Ágnes Simon bei der Akademie Frankenwarte in Würzburg. Seit vierzig Jahren wird bei der Gesellschaft für Politische Bildung e.V., dem Träger der Akademie Frankenwarte, Bildungsarbeit im Sinne der sozialen Demokratie geleistet.

Wie alle Stipendiaten hat sich Ágnes Simon mit einer Projektskizze beworben. „Meine Projektidee ‚Wie viel Recht darf es sein?‘ handelt von ethnischen Minderheiten. Das ist in Rumänien ein ziemlich großes Thema, denn dort leben ca. 2 Mio. Ungarn, die nicht zugewandert sind, sondern seit mehreren 100 Jahren in Rumänien leben“, so Simon. Die Situation ist „möglicherweise vergleichbar mit der Situation der türkischen Minderheit in Deutschland“. Mit ihrem Projekt will Simon am Beispiel der Ungarn in Rumänien und einer Minderheit in Deutschland eine Diskussion darüber anstoßen, welche Rechte Minderheiten haben und welche sie tatsächlich ausüben. Das Projekt sieht ein Treffen von je vier Studierenden aus Deutschland und Rumänien vor, um sich darüber auszutauschen, zu informieren und anschließend zu diskutieren. Dazu sollen auf beiden Seiten auch Vertreter der Minderheiten teilnehmen.

Informationen zum Kulturzentrum unter www.kulturzentrum-klausenburg.ro und zur Gastinstitution Akademie Frankenwarte unter <http://www.frankenwarte.de/>

Über Bulcsú Hunyadi

Bulcsú Hunyadi arbeitet in der Politikberatung „Political Capital“ in der ungarischen Hauptstadt Budapest. Zu seinen Aufgaben gehören strategische politische Beratung, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Organisation von Kampagnen. Nach einem mehrmonatigen Praktikum im Deutschen Bundestag 2005 und einem Seminar zur politischen Bildung 2006 in Thüringen ist das Programm „Politische Bildung in Aktion“ für Hunyadi die ideale Möglichkeit, seine Kenntnisse im Bereich der politischen Bildung zu vertiefen.

Seine Projektidee zielt auf die Förderung des Politikunterrichts in Ungarn. Das Schulfach ‚Sozialkunde‘ (‚Társadalomismeret‘) ist zwar im Nationalen Rahmenplan verankert und für die gymnasiale Oberstufe vorgesehen, wird jedoch in den meisten Fällen mit Geschichte zusammengelegt oder aus Zeitmangel nicht unterrichtet. Das Angebot einiger NGO’s und engagierter Lehrer an Themen und Projekten aus dem Bereich der politischen Bildung erreicht nur wenige Jugendliche.

Das Stipendium will Hunyadi nutzen, um den Grundstein für einen flächendeckenden Politikunterricht zu legen. „Ich möchte all die Akteure erreichen und einladen, die mit diesem Vorhaben etwas zu tun haben – Vertreter aus Ministerien, Lehrer, Schüler, NGO’s und auch Universitätsprofessoren, also alle, die für die Schulausbildung zuständig sind“, so Hunyadi über seine Ziele. Bei der Umsetzung baut Hunyadi auch auf die Erfahrung und das Kontaktnetz seiner Gastinstitution, der Europäischen Akademie Otzenhausen. Der staatlich anerkannte Träger der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung leistet Bildungs- und Forschungsarbeit im Bereich von Gesellschaft und Politik.

Informationen zu Political Capital unter www.politicalcapital.hu sowie zur Europäischen Akademie Otzenhausen unter www.eao-otzenhausen.de

Über das Programm „Politische Bildung in Aktion“

Bereits zum zweiten Mal ermöglichen die Bundeszentrale für politische Bildung und die Robert Bosch Stiftung jungen Fachkräften der politischen Bildung die Teilnahme an dem Stipendiatenprogramm „Politische Bildung in Aktion“. 15 Stipendien wurden an junge Fachkräfte aus Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn vergeben. Das Programm richtet sich an Interessierte im Alter zwischen 25 und 35 Jahren und dient der fachlichen Weiterqualifizierung auf dem Gebiet der politischen und gesellschaftlichen Bildung in Europa.

Zwei unterschiedliche Programme ermöglichen es den Teilnehmerinnen und Teilnehmern, in deutschen Gastinstitutionen zu hospitieren, um an der Vernetzung der politischen Bildung in Europa mitzuwirken. Beim Mid-Term-Programm (MTP) entwickeln die Stipendiatinnen und Stipendiaten in acht bis zehn Wochen ein Projekt zur gesellschaftlichen oder politischen Situation in ihrem Heimatland. Dieses stellen sie der Öffentlichkeit – mit der Unterstützung ihrer Gastinstitution – dann im Rahmen der Aktionstage politische Bildung 2010 vor. Im Long-Term-Programm (LTP) hospitieren die Teilnehmerinnen und Teilnehmer vier bis sechs Monate bei einer Institution in Deutschland. Sie werden dabei umfassend in ein konkretes Projekt dieser Institution eingebunden. Die Stipendiatinnen und Stipendiaten arbeiten eng mit ihren deutschen Kolleginnen und Kollegen zusammen und können dadurch wichtige Kontakte aufbauen.

Das Stipendium umfasst neben der Hospitation in einer deutschen Institution der politischen Bildung und der Übernahme der Unterkunfts-, Verpflegungs- und Reisekosten inklusive Taschengeld unter anderem noch verschiedene Veranstaltungen wie die Teilnahme an der NECE-Konferenz (Networking European Citizenship Education), ein Abschluss-Zertifikat und die Vernetzung mit weiteren Programmen der Robert Bosch Stiftung und der Bundeszentrale für politische Bildung.

Informationen zum Programm, auch für interessierte Institutionen, sind zu finden unter www.bpb.de/in-aktion.

[zur Übersicht](#)

3. EUROPÄISCHES JAHR 2010 GEGEN ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG

Über 800 Projektanträge – Auftaktveranstaltung am 25. Februar 2010 in Berlin

Die Systeme der sozialen Absicherung in Europa gehören zu den fortschrittlichsten der Welt. Dennoch lebt ein bedeutender Teil der europäischen Bevölkerung auch heute noch in Not und hat keinen Zugang zu Grunddienstleistungen wie der Gesundheitsfürsorge. Armut und Ausgrenzung beeinträchtigen das Wohlergehen dieser Menschen und ihre Fähigkeit zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Die EU hat daher 2010 zum „Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung“ erklärt.

Ziel des Europäischen Jahres 2010 ist es, das öffentliche Bewusstsein für die Risiken von Armut und sozialer Ausgrenzung zu stärken und die Wahrnehmung für ihre vielfältigen Ursachen und Auswirkungen zu schärfen. Dieses Jahr bietet die Gelegenheit, gute Ansätze sozialer Integration bekannt zu machen sowie für weiteren Handlungsbedarf zu sensibilisieren. Darüber hinaus soll die gemeinsame Verantwortung für die soziale Eingliederung unterstrichen werden, indem eine breitere Öffentlichkeit in die bestehenden Strategien einbezogen und die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts hervorgehoben wird.

Das Motto für das EJ 2010 lautet in Deutschland „Mit neuem Mut“. Nationale Durchführungsstelle ist das Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Mit insgesamt 1,25 Millionen Euro fördern BMAS und die Europäische Kommission Projekte und Aktionen. Aus den rund 800 eingegangenen Förderanträgen werden nun 30 bis 50 Projekte ausgewählt, die finanziell unterstützt werden. Die Entscheidung trifft ein Programmbeirat aus Mitgliedern der nationalen Armutskonferenz. Anfang des Jahres sollen die Bewilligungen verschickt werden, der Förderzeitraum liegt zwischen dem 1. Februar und dem 31. Dezember 2010.

Voraussetzung bei der Einreichung war bereits, dass sich die Projekte an drei Themenschwerpunkten orientieren. Die Fokussierung soll gewährleisten, dass die Aktionen im Jahr 2010 in besonderer Weise sichtbar werden, wobei die einzelnen Themen jeweils mehrere Personengruppen betreffen.

1. Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern!
2. Wo ist der Einstieg? – Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden!
3. Integration statt Ausgrenzung – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!

Themenfeld 1: „Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern!“

Um Kinder vor Armutsrisiken zu schützen, ihre soziale Integration zu sichern und die soziale „Vererbung“ von Armut zu durchbrechen, müssen niedrigschwellige und zugängliche Maßnahmen vor allem im sozialen Umfeld und bei der Infrastruktur ansetzen. In diesem Themenfeld sind Aktionen in Bereichen wie Ganztagschulen mit Essensbetreuung oder auch integrative Angebote von Jugendverbänden oder Sportvereinen denkbar. Eltern muss Beratung und Unterstützung vor Ort angeboten und Kinder müssen in qualitativ hochwertigen Bildungsangeboten so früh wie möglich individuell und altersentsprechend gefördert werden.

Themenfeld 2: „Wo ist der Einstieg? – Mit Arbeit Hilfebedürftigkeit überwinden!“

Staatliche Hilfen sind darauf angelegt, Hilfebedürftigkeit zu überwinden. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) mit dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ zielt darauf ab, vorhandene Ressourcen und Potenziale zu stärken. In diesem Themenfeld gilt es, die erfolgreiche Überwindung von Armutsrisiken und Hilfebedürftigkeit Erwachsener darzustellen sowie Ausstiegsszenarien aufzuzeigen. Die Maßnahmen in diesem Kontext zielen vor allen Dingen auf Menschen mit Migrationshintergrund, ältere Menschen, Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderungen und Alleinerziehende.

Themenfeld 3: „Integration statt Ausgrenzung – Selbstbestimmte Teilhabe für alle Menschen!“

Komplementär zu der Zielgruppe des zweiten Themenfeldes dürfen aber auch diejenigen nicht aus dem Blick geraten, die keine oder noch keine Perspektiven auf eine erfolgreiche Überwindung ihrer

Notlage durch Integration in den Arbeitsmarkt haben. Es gilt, diese Menschen zu fördern und zu betreuen, um soziale Integration auch außerhalb des Arbeitsmarktes zu erreichen. Insbesondere geht es darum, ausschließende Strukturen zu vermeiden, niedrighschwellige Hilfsangebote zu stärken und die Menschen besser über ihre sozialen Rechte zu informieren. Dabei ist wichtig, dass die Hilfsangebote vor Ort gut vernetzt und geschlechterspezifisch ausgerichtet sind. Darüber hinaus sollen mehr Menschen, auch mit niedrigem Bildungsgrad, aktiviert werden, um sich bürgerschaftlich einzubringen (lokale Initiativen unter Einbeziehung Betroffener etc.) und Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Kampagnen und Maßnahmen in diesem Bereich können auf Mahlzeitenangebote, Schuldnerberatungen oder aufsuchende Gesundheitsberatungen aufmerksam machen.

Am 25. Februar 2010 findet in Berlin die offizielle Auftaktveranstaltung statt. Das ganze Europäische Jahr 2010 wird öffentlichkeitswirksam begleitet. Die breite Öffentlichkeit soll durch die Aktionen für das Thema Armut und Ausgrenzung sensibilisiert werden, daher ist es entscheidend, sie über Aktionen zu informieren. Geplant sind in diesem Zusammenhang beispielsweise eine Medienkooperation, Kurzfilme, die Durchführung von Wettbewerben oder auch Diskussionsveranstaltungen im Radio oder TV.

Informationen zum Europäischen Jahr 2010 unter: <http://www.bmas.de/portal/33448/>. Ab November wird weiterhin eine nationale Kampagnenseite (www.mit-neuem-mut.de) über das EJ 2010 informieren.

[zur Übersicht](#)

4. PRAXISFORSCHUNG NUTZEN, POLITISCHE BILDUNG WEITERENTWICKELN

Zwischenbericht des bap-Forschungsprojekts

Empirische Erkenntnisse für die politische Bildung nutzbar zu machen, das ist das Ziel eines Forschungsprojektes, das der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) Anfang des Jahres gestartet hat. Systematisch werden dazu empirische wissenschaftliche Erkenntnisse für die politische Jugend- und Erwachsenenbildung untersucht. Sie sollen helfen, Schlussfolgerungen für die Bildungspraxis zu gewinnen und Qualitätsempfehlungen abzuleiten. Im Herbst 2010 werden die Ergebnisse vorliegen.

In einem ersten Schritt wurden zwischen Januar und August 2009 bundesweit und auf europäischer Ebene empirische Untersuchungen recherchiert, deren Ergebnisse und Erkenntnisse für die politische Bildung relevant sein könnten. Im Fokus standen dabei zwei Suchkriterien: erstens Erkenntnisse zu Teilnehmenden, zweitens solche zu Wirkungen politischer Bildung.

Von den insgesamt 182 Studien, Evaluationen oder Befragungen aus der empirischen Bildungs-, Jugend- und Sozialforschung, die bis zum Sommer 2009 recherchiert wurden, kamen 72 explizit aus dem Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Die Schwerpunkte lagen mit ca. 55% eindeutig im Bereich der Jugendbildung, gefolgt von der Erwachsenenbildung mit ca. 33% der Untersuchungen. Auffällig war der geringe Anteil an Studien zu speziellen Zielgruppen (9,8%).

Die Sammlung von empirischen Untersuchungen bildete die Grundlage für eine weiterführende Diskussion mit den Trägern politischer Bildung. Hierbei ging es in einem zweiten Schritt darum, diejenigen Themenbereiche und Fragestellungen herauszuarbeiten, die aus Sicht der Träger für deren Praxis besonders relevant sind. Wichtig ist demnach den Trägern, welche empirisch abgesicherten Erkenntnisse es zu den Teilnehmenden der Maßnahmen politischer Bildung gibt, also: Welche Zugangsmotivation haben sie, welche Themen bevorzugen sie, was weiß man über ihre methodischen Vorlieben? Wichtig mit Blick auf die praktische Bildungsarbeit ist weiterhin die Frage nach eventuellen „Wirkungen“ oder „outcomes“ der Maßnahmen politischer Bildung.

Ziel der nächsten Arbeitsphase sind die systematische Beschreibung der Erkenntnisse, eine kritische Einschätzung der jeweiligen Untersuchungen, des Untersuchungsvorgehens und der Reichweiten der Befunde und auch erste Schlussfolgerungen. Um eine möglichst große Praxisnähe zu garantieren, ist für 2010 eine zweite Trägerrunde geplant, auf der Zwischenergebnisse diskutiert und erste Schlussfolgerungen gezogen werden sollen. Denn das Projekt hat sich auch vorgenommen, auf der Grundlage der gefundenen empirischen Erkenntnisse Qualitätsbedingungen und Empfehlungen für eine Weiterentwicklung der Praxis politischer Bildung zu formulieren.

Im Herbst 2010 werden die endgültigen Ergebnisse und Empfehlungen zunächst auf einer bap-internen Tagung und im Weiteren im Rahmen einer zweiten, interdisziplinären öffentlichen Tagung diskutiert werden.

Studien im Bereich Teilnehmer- und „Wirkungsforschung“ gesucht

Das Projekt sucht nach wie vor wissenschaftliche Studien, Evaluationen oder Befragungen, die Aufschluss geben über die Motive und Interessen der Teilnehmer politischer Bildungsmaßnahmen, sowie über deren Effekte oder Wirkungen. Wenn Sie in Ihrer Organisation über entsprechende, speziell auch nicht-öffentliche Studien verfügen, so bitten wir Sie, diese an die Kontaktstelle zu senden. Selbstverständlich werden alle Angaben vertraulich behandelt.

Kontaktstelle und Informationen:

Im Auftrag des Bundesausschuss Politische Bildung (bap) hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) die Trägerschaft für das Projekt übernommen. Das Projekt hat eine Laufzeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2010. Es wird gefördert aus Mitteln des BMBF.

Informationen erhalten Sie bei Ina Bielenberg (AdB), Tel.: 030/ 400401-18, E-Mail: bielenberg@AdB.de oder Dr. Helle Becker (wissenschaftliche Projektleitung), Tel.: 0201/ 261337, E-Mail: projekte@helle-becker.de

Eine ausführliche Projektbeschreibung finden Sie unter www.bap-politischebildung.de

[zur Übersicht](#)

5. „OSTALGIE“ ODER KRITISCHE AUSEINANDERSETZUNG MIT DER EIGENEN GESCHICHTE?

Projekt „Jubiläumskinder“ rückt Geschichts- und Gegenwartsbewusstsein der ostdeutschen Generation von '89 in den Blickpunkt

20 Jahre nach der deutschen Einheit widmet sich das Projekt *„Jubiläumskinder – Die DDR und die friedliche Revolution im ‚kulturellen Gedächtnis‘ der 1989 geborenen ostdeutschen Jugend“* der ersten gesamtdeutschen Generation. „Jubiläumskinder“ will Jugendliche und junge Erwachsene, die um 1989 geboren wurden und deren Eltern DDR-Bürger waren, dazu anregen, sich mit Fragen der DDR-(Alltags-)Geschichte und dem politischen Umbruch kritisch auseinander zu setzen. Die Umsetzung erfolgt über einen Wettbewerb und Projektstage sowie eine Wanderausstellung.

„Jubiläumskinder“ will im Rahmen der politischen Bildungsarbeit vor allem die politisch-historische Auseinandersetzung ermöglichen. Zielgruppe sind die ‚heute 20-Jährigen‘, also die ostdeutsche Generation der um 1989 und danach Geborenen. Bei ihnen ist durch die Eltern-Generation und Faktoren wie Schule, Film und Presse häufig ein verklärtes und teilweise nicht hinterfragtes Bild der DDR entstanden. Es besteht die Gefahr, dass die sozialpolitischen Maßnahmen der SED-Diktatur „verklärt“ werden und Erinnerungen und Sichtweisen unreflektiert im „kulturellen Gedächtnis“ weiterleben.

Das Projekt will zu einer kritisch-reflexiven Auseinandersetzung anregen. Viele junge Leute haben keine genauen Vorstellungen von der DDR, ihnen ist nicht bewusst, inwieweit die Geschehnisse um den Mauerfall und die friedliche Revolution ihre Identität prägen. Insofern geht es darum, mit

Jugendlichen und jungen Erwachsenen darüber nachzudenken, sich bewusster zu werden, welchen Einfluss der Umbruch mit seinen tiefgreifenden Veränderungen in den Bereichen Politik, Gesellschaft und Kultur für sie hatte, was davon noch heute in ihrem Alltag ankommt und eventuell auch ihre Haltung zu Gegenwart und Zukunft prägt.

Wettbewerb, Veranstaltungen und Wanderausstellung

Das Projekt startet mit einem Wettbewerb, der auf der Homepage www.komplexannahmestelle89.de ausgeschrieben ist und durch weitere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen begleitet wird. Daneben werden die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Jugendzentren und freien Treffs sowie über die Einbindung von überbetrieblichen Ausbildungsstätten, Berufskollegs und Gewerkschaften direkt angesprochen. Teilnahmeschluss ist der 31. Mai 2010. Aus den besten Wettbewerbsbeiträgen wird mit professionellen Ausstellungsmachern eine Wanderausstellung erstellt, die dann wiederum Anlass für weitere Bildungsangebote ist.

Die teilnehmenden „Jubiläumskinder“ sind aufgerufen, sich zu Fragen und Themen zu äußern, die ihre Rolle im vereinten Deutschland nach dem politischen Umbruch widerspiegeln. Im Zentrum stehen dabei Alltagserfahrungen, -zustände oder -gegenstände von biographischer Bedeutung. In der Umsetzung sind die Teilnehmer dabei frei – ob literarisch, filmisch, analytisch oder anderweitig künstlerisch, der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Unterstützt werden die Bewerber dabei von Teams, die sich aus einer Fachkraft der politischen Bildung und einem Künstler zusammensetzen. Sie sollen die Jugendlichen bei fachlichen Fragen beraten und sie bei der Suche und der Auseinandersetzung mit der Thematik unterstützen. Hierzu finden Projekttag und Arbeitsgruppen statt.

Wettbewerb und Ausstellung sollen das vielschichtige Geschichts- und Gegenwartsbewusstsein der 89er-Generation differenziert wiedergeben. Die Ausstellung ist also nicht nur als Ergebnis eines Projekts zu betrachten, sie hat das Potenzial, ohne Belehrungen als Lehrstück und Lernort für Besucher zu dienen, die sich selbst kritisch mit den Exponaten und somit der Geschichte und dem „kulturellen Gedächtnis“ einer Generation auseinandersetzen können.

„Jubiläumskinder“ ist ein Projekt des Bundesarbeitskreises ARBEIT UND LEBEN, das in den ARBEIT UND LEBEN-Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern, Berlin/Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Bremen umgesetzt wird.

Unterstützt wird das Projekt in den Jahren 2009 und 2010 von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) und der Bundesstiftung Aufarbeitung der SED Diktatur.

Weitere Informationen sind erhältlich bei ARBEIT UND LEBEN, Barbara Menke, Tel.: 0202/ 97404-15 oder E-Mail menke@arbeitundleben.de; Infos zum Wettbewerb unter www.komplexannahmestelle89.de/. Bewerbungsschluss ist der 31. Mail 2010.

[zur Übersicht](#)

6. PRAXIS POLITISCHE BILDUNG 4/2009

Thema: „Zeitgeschichte“

Die aktuelle Ausgabe der vom bap herausgegebenen Zeitschrift „Praxis Politische Bildung“ beschäftigt sich mit dem Thema „Zeitgeschichte“. Weitere Informationen zu den Themen und Beiträgen finden Sie im Editorial von Johannes Schillo:

Editorial

2009 war ein Jahr der Gedenktage und Gedenkveranstaltungen: 90 Jahre Weimarer Verfassung, 60 Jahre Grundgesetz, 20 Jahre Wende in Deutschland und Europa. Nun mag der Brauch der Würdigung zu runden Jahreszahlen zwar eine äußerliche, schematische Bezugnahme auf historische Ereignisse anzeigen, er kann aber der historisch-politischen Bildung einigen Rückenwind

und einige Aufmerksamkeit verschaffen, wenn sie sich der Aufarbeitung des Vergangenen und speziell der jüngsten Vergangenheit, die in der Gegenwart allerorten virulent ist, zuwendet.

Dabei stößt man natürlich immer wieder auf „den unmittelbaren Zusammenhang von Zeitgeschichte und Politik“, wie Karl-Dietrich Bracher, einer der renommierten deutschen Experten, vor Jahrzehnten in seinen „Zeitgeschichtlichen Kontroversen“ schrieb. Das hat sich auch im Jahr 2009 bestätigt, etwa in den Mutmaßungen darüber, ob man der Stasi (siehe den Fall Kurras) die blutige Unterdrückung der westdeutschen Studentenbewegung anlasten kann, oder im Streit darum, wie weit sich Parteien und Politiker die Einstufung der DDR als „Unrechtsstaat“ zueigen machen, in welchem Umfang solche Bewertungen von der Bevölkerung geteilt werden, welche Gegenmaßnahmen hier zu ergreifen sind etc.

Die Zeitgeschichte beschäftigt die außerschulische politische Bildung natürlich kontinuierlich und es gibt einen breiten fachlichen Diskurs zu den damit verbundenen Fragen (vgl. etwa die Ausgaben 2/99 oder 4/99 von PPB). Das vorliegende Heft greift Themen aus diesem Diskurs auf und nimmt dabei das Gedenkjahr 2009 zum Anlass, an neuralgische Punkte zu rühren. Das betrifft zum einen das Ende der DDR und die damit gegebene Herausforderung für die politische Bildung. *Dr. Werner Blumenthal* und *Dr. Melanie Piepenschneider* von der Konrad-Adenauer-Stiftung eröffnen das Heft mit einem Beitrag, der das kontinuierliche Engagement der Stiftung in diesem Feld dokumentiert. *Dr. Aribert Rothe* von der evangelischen Erwachsenenbildung in Thüringen berichtet von seinen Erfahrungen, wie sich in der DDR politische Bildung als eine Gegenbewegung gegen das weltanschauliche Deutungsmonopol der SED entwickelte. *Georg Meusel*, Vorsitzender des Martin-Luther-King-Zentrums für Gewaltfreiheit und Zivilcourage im sächsischen Werdau, ergänzt diesen Bericht. Seine Einrichtung, die auf die Tradition der DDR-Friedensseminare in den 70er Jahren zurückgeht und die in der DDR-Friedensbewegung eine wichtige Rolle spielte, stellt den seltenen Fall dar, dass eine zivilgesellschaftliche Initiative aus der damaligen Bürgerrechtsbewegung ihr ursprüngliches Engagement unter den veränderten Bedingungen des vereinten Deutschlands fortsetzt. *Paul Ciupke* (Bildungswerk der Humanistischen Union in NRW) hält dann ein Plädoyer für die „Perspektivenvielfalt“ in der historisch-politischen Bildung.

Zum anderen geht es natürlich, wenn in Deutschland von Zeitgeschichte die Rede ist, um die NS-Herrschaft und die Zäsur des Jahres 1945, ohne die auch die Entwicklung der beiden deutschen Staaten nicht zu verstehen ist, und damit um die Frage, inwieweit die Zäsur als antifaschistischer Schlussstrich gegenüber der Vergangenheit Gültigkeit hat. Das betrifft in prominenter Weise das Thema Rassismus und Antisemitismus. *Mgr. Hana Frankova* aus Prag, die 2009 am Projekt „Politische Bildung in Aktion“ teilnahm (vgl. PPB 3/09), bringt dazu einen persönlichen Erfahrungsbericht aus europäischer Perspektive. *Prof. Klaus Ahlheim* befasst sich mit dem „Verblässen der Erinnerung an die NS-Zeit“ als einem Phänomen, das weniger dem banalen Faktum zunehmender zeitlicher Distanz als einer Tendenz zu geschichtspolitischen Inszenierungen geschuldet ist sowie dem Interesse, unter die Vergangenheitsbewältigung einen Schlussstrich zu ziehen. Eine kritische Perspektive auf den Umgang mit der deutschen Vergangenheit bietet auch der abschließende Beitrag von *Prof. Freerk Huisken*. Der Autor, der mit „Alles bewältigt, nichts begriffen!“ (1997) einen Klassiker zur Kritik der deutschen Vergangenheitsbewältigung vorgelegt hat, stellte seine Thesen bei den internationalen Vogelsang-Tagen 2009 vor – also in der ehemaligen NS-„Ordensburg“, die mittlerweile als neuer Lernort in Sachen NS-Zeit gestartet ist und somit zu den seltenen Fällen eines Ausbaus politischer Bildungsarbeit gehört.

„Praxis Politische Bildung“ wird herausgegeben vom bap und ist zu beziehen über den [Juventa Verlag](#)

Redaktion: [Johannes Schillo](#)

Eine Übersicht über alle Ausgaben von Praxis Politische Bildung finden Sie auf www.bap-politischebildung.de

[zur Übersicht](#)

7. AUS DEM BUNDESTAG UND DEN AUSSCHÜSSEN

Themen u.a.: Rede Lammert, Stiftung gegen Rechts, Integrationskurse

Rede des Bundestagspräsidenten Prof. Dr. Norbert Lammert am Tag der Konstituierung des 17. Bundestages am 27. Oktober 2009

Nach seiner erneuten Wahl unterstrich Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU) die Rolle des Parlaments insgesamt wie auch die Bedeutung einer parlamentarischen Opposition. Gleichzeitig setzte er sich mit den Gründen für die geringe Wahlbeteiligung auseinander und nannte dafür neben politischem Desinteresse oder Bequemlichkeit auch Ratlosigkeit oder „neuerdings eine intellektuelle Überheblichkeit.“

Die Rede in Auszügen:

1. Das Wahlergebnis vom 27. September hat die Kräfteverhältnisse im 17. Bundestag stärker verändert als gemeinhin erwartet wurde und zugleich die politischen Rollen neu verteilt. In der Regel wird der Wechsel aus der Opposition in die Regierungsverantwortung höher geschätzt als der umgekehrte Rollenwechsel. Umso wichtiger ist die Einsicht, dass die demokratische Reife eines politischen Systems nicht an der Existenz der Regierung zu erkennen ist, sondern am Vorhandensein einer Opposition und ihrer politischen Wirkungsmöglichkeiten. Regiert wird immer und überall, mal mit und oft ohne demokratische Legitimation. Die Opposition macht den Unterschied, und ihre Bedeutung steht und fällt mit dem Gewicht des Parlaments als Vertretung des ganzen Volkes. Mehrheit und Minderheit. Rede und Widerrede.

2. Wie sehr die Wählerinnen und Wähler – und nicht die Parteien und ihre Führungen – die Zusammensetzung der Parlamente verändern, wird nicht nur an der großen Zahl der jeweils neuen Mitglieder deutlich, diesmal beinahe ein Drittel, sondern an der weitgehenden personellen Erneuerung innerhalb von zehn Jahren: Von den Abgeordneten, die 1999 beim Umzug des Bundestages von Bonn nach Berlin dabei waren, gehören noch gerade 101 dem heute zusammentretenden Parlament an, weniger als ein Sechstel also.

3. Nicht alle, die in diesem Bundestag sitzen, haben den gleichen Einfluss, aber alle haben das gleiche Mandat, gleiche Rechte und gleiche Pflichten. Auf beides will ich achten – und wenn nötig in Erinnerung rufen, dass wir gewählt sind, aber nicht gesalbt, nicht für immer, sondern für ganze vier Jahre, mit einem befristeten Auftrag, für den es keine automatische Verlängerung gibt. Wir sind nicht das Volk, sondern die Volksvertretung. Das ist wichtig genug, aber eben auch nicht dasselbe. Die Wähler wissen ebenso gut wie wir, manchmal vielleicht sogar besser, dass wir nicht über Wasser gehen können. Deshalb sollten wir auch keinen anderen Eindruck vermitteln.

4. Am 27. September haben fast dreißig Prozent der Wählerinnen und Wähler von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch gemacht, mehr als je zuvor bei Bundestagswahlen, obwohl es noch nie so viele Kampagnen zur Wahlbeteiligung gab wie diesmal: Etwa 18 Millionen Frauen und Männer haben nicht gewählt – soviel wie das größte Bundesland Nordrhein-Westfalen Einwohner hat.

Belanglos ist das nicht, es sollte bei nüchterner Würdigung weder verharmlost noch dramatisiert werden. Immerhin ist die niedrigste Beteiligung an einer Bundestagswahl seit sechzig Jahren immer noch deutlich höher als die vielgerühmte höchste amerikanische Wahlbeteiligung in den letzten hundert Jahren. Dennoch sollten wir uns mit dem unerfreulichen Trend und seinen Ursachen auseinandersetzen.

Zu den Gründen der Wahlverweigerung gehören nicht nur allgemeines politisches Desinteresse, das es natürlich auch gibt, sondern konkrete Enttäuschungen, Ratlosigkeit gegenüber zu vielen oder zu wenigen oder zu undeutlichen Alternativen, manchmal auch schlichte Bequemlichkeit und neuerdings auch eine intellektuelle Überheblichkeit, die sich in der öffentlichen Aufforderung zu Verweigerung dessen niederschlägt, was dieselben Autoren als demokratisches Grundrecht natürlich für völlig unverzichtbar halten. Und für dieses demokratische Kerngrundrecht freier Wahlen sind vor zwanzig Jahren viele Tausende Menschen auf die Straße gegangen.

5. Die Bedeutung des Bundestages im Verfassungsgefüge wie in der Realität unseres politischen Lebens ist sicher höher als sein öffentliches Ansehen.

Das parlamentarische System in Deutschland hat im eigenen Land bedauerlicherweise nicht den gleichen guten Ruf, den es fast überall auf der Welt genießt. Zweifellos ist es eine der großen Errungenschaften der jüngeren Geschichte unseres Landes. Mir fallen im internationalen wie im historischen Vergleich nicht einmal eine Handvoll Länder ein, deren Parlamente ähnlich viel oder gar mehr Einfluss auf die Bildung und die Kontrolle von Regierungen, die Gesetzgebung und die öffentliche Meinung hätten wie deutsche Parlamente und schon gar der Deutsche Bundestag.

Aber richtig ist auch: die Parlamente, ihre Arbeit und ihre öffentliche Wirkung sind nicht immer so gut, wie sie sein könnten und sein sollten. Die Konstituierung eines neuen Bundestages ist eine gute Gelegenheit, gemeinsam darüber nachzudenken.

Dies gilt für

- das Verhältnis von Parlament und Regierung
- die Wahrnehmung der originären parlamentarischen Aufgaben
- die Mehrheits- wie die Minderheitenrechte im Bundestag
- die Transparenzregeln für Abgeordnete
- das Wahlrecht, die Wahlprüfung und Wahlzulassung
- die neuen Kompetenzen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft

6. Den Regierungen von Bund und Ländern mangelt es an Selbstbewusstsein nicht, dem Verfassungsgericht auch nicht. Der Bundestag muss und darf sich hinter ihnen nicht verstecken. Er ist nicht Hilfsorgan, sondern Herz der politischen Willensbildung in unserem Land. Nicht die Regierung hält sich ein Parlament, sondern das Parlament bestimmt und kontrolliert die Regierung. Im parlamentarischen Regierungssystem ist die Gestaltung der Politik eine gemeinsame Aufgabe von Exekutive und Legislative. Dies wird nicht zuletzt im Gesetzgebungsverfahren deutlich. Die Wahrnehmung dessen, was in Zeiten der Globalisierung den Nationalstaaten an Souveränität verblieben ist, liegt bei den Parlamenten, in Deutschland mehr als irgendwo sonst beim Bundestag.

Er entscheidet, ob überhaupt und wo und in welchem Umfang die Bundesrepublik Deutschland nationale Kompetenzen an die Europäische Gemeinschaft oder an internationale Organisationen zu übertragen bereit ist.

Nicht die Gerichte. Sie sind weder für die Politik zuständig noch für die Gesetzgebung. Sie legen die Gesetze im Lichte unserer Verfassung aus. Nicht weniger, aber auch nicht mehr.

7. Die Beteiligung von Sachverstand aus Wirtschaft und Gesellschaft zur Vorbereitung staatlicher Entscheidungen in der Exekutive wie der Legislative ist eine Errungenschaft postfeudaler Zeiten und keinesfalls ein Skandal.

Allerdings: Weder ist die Regierung "Gesetzgeber" noch das Parlament "Gesetznehmer" – und der entstandene Eindruck, diese zentrale staatliche Aufgabe werde immer häufiger und möglichst unauffällig an Anwaltskanzleien, Beratungsunternehmen und Gutachter abgetreten oder ausgelagert, stärkt die Autorität der Verfassungsorgane nicht, weder nach innen noch nach außen.

Es muss im Übrigen auch nicht sein, wie zuletzt die ebenso kurzfristige wie kompetente Begleitgesetzgebung zum Lissaboner Vertrag eindrucksvoll belegt hat.

Für die neuen Aufgaben, die damit auf den Bundestag innerhalb der Europäischen Union zukommen, sind wir inzwischen besser gerüstet als zu Beginn der letzten Legislaturperiode: durch eigene Initiativen, vor allem das Verbindungsbüro des Bundestages in Brüssel, wie die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die zentrale und unaufgebbare Rolle des Parlaments auch bei europäischen Rechtssetzungsakten.

8. Nicht ganz so eindrucksvoll ist die Organisation unserer Plenardebatten, die seit einiger Zeit durch ein immer größeres und immer ärgerlicheres Missverhältnis zwischen aufgesetzten und tatsächlich öffentlich behandelten Tagesordnungspunkten gekennzeichnet ist. In der vergangenen Legislaturperiode wurden 464 Tagesordnungspunkte (Petitionen nicht mitgezählt) ohne Debatte verhandelt und von rund 15.500 Reden wurden nicht weniger als 4.429 zu Protokoll gegeben –

mehr als jede vierte! Aus einer im Einzelfall sicher nötigen Ausnahme ist längst eine fragwürdige Regel geworden. Dies ist ganz sicher keine Errungenschaft, schon gar nicht, wenn die zweite und dritte Lesung von Gesetzen im Plenum allein in der Niederlegung von schriftlichen Beiträgen besteht, die gar nicht debattiert werden konnten.

Mit der unmissverständlichen Festlegung der Verfassung, "der Bundestag verhandelt öffentlich", ist diese Praxis nur schwer vereinbar, zumal die Ausschussberatungen aus guten Gründen nicht immer öffentlich erfolgen.

9. Deshalb empfehle ich uns dringend – und dies gilt für ausnahmslos alle Beteiligten – die Fülle der eingebrachten Gesetzentwürfe, Entschließungsanträge und Resolutionen auch im Maßstab der verfügbaren Beratungszeit selbstkritisch zu überprüfen oder umgekehrt die Anzahl der Sitzungswochen entsprechend zu erhöhen.

Auch in der Gestaltung der Fragestunde besteht gewiss Verbesserungspotential sowohl auf Seiten der Parlamentarier wie der Regierungsvertreter. Dies gilt auch für kleine und große Anfragen. Nicht nur die neuen Minister können nun zeigen, dass es im Umgang mit sicherlich manchmal lästigen parlamentarischen Auskunftsrechten so verlässlich, zügig und sorgfältig zugeht, wie sie es als Abgeordnete von der Regierung erwartet haben. Allerdings müssen auch nicht in jeder Legislaturperiode neue Rekorde bei parlamentarischen Drucksachen erzielt werden. Noch nie wurden von einem deutschen Parlament so viele Einzeldokumente erzeugt wie in den letzten vier Jahren: deutlich mehr als 14.000!

10. Aus gegebenem Anlass wird sich der neue Bundestag sehr bald sowohl mit den Transparenzregeln für Abgeordnete wie mit einzelnen Bestimmungen unseres Wahlrechts befassen müssen.

Ich hoffe sehr, dass wir bei beiden Themen mit möglichst breiten, fraktionsübergreifenden Mehrheiten zur überzeugenden Korrektur von Regelungen kommen, die nicht erst seit den gerichtlichen Beanstandungen umstritten sind. Dabei empfehle ich uns auch einen ruhigen Blick auf die geltenden Regelungen zur Zulassung nicht bereits im Parlament vertretener Parteien zur Bundestagswahl.

Dass im dafür zuständigen Wahlausschuss Vertreter der etablierten Parteien über die Zulassung von Konkurrenz entscheiden, ist nicht über jeden demokratischen Zweifel erhaben. Und dass unser Wahlgesetz eine Überprüfung dort mit Mehrheit abgelehnter Bewerbungen erst nach der Wahl zulässt, halten nicht nur einige Kommentatoren des Grundgesetzes für eine Rechtsschutzlücke: Dann ist es nämlich für eine Korrektur zu spät.

11. Nie zu spät ist es für gute Vorsätze, mit denen wir sicher alle unsere Arbeit beginnen, aber wir sollten mit ihrer Umsetzung möglichst bald beginnen. Die Legislaturperiode ist kurz, für den Bundestag nur vier Jahre. Fast alle Landtage, viele Parlamente unserer Nachbarstaaten haben fünfjährige Legislaturperioden, ebenso wie das Europäische Parlament. Auch darüber lohnt es nachzudenken – nicht statt anderer eigener Anstrengungen zur Verbesserung unserer Arbeit, versteht sich, aber als möglicher Bestandteil. Ich weiß, dass es solche Überlegungen bei Mitgliedern aller Fraktionen gibt, und ich kenne auch die beachtlichen Einwände. Aber wir sollten auch nicht übersehen, dass es nach Einschätzung der meisten Wählerinnen und Wähler nicht zu wenige Wahlen in Deutschland gibt, sondern eher zu viele, von den Gemeinderäten, Kreistagen und Landtagen bis zum Europäischen Parlament – und auch die Teilnahme an Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene wie in den Ländern ist eher ernüchternd.

Jedenfalls werden wir uns darauf einrichten müssen, für die nächsten Jahre nicht nur von allgemeinem Wohlwollen der Öffentlichkeit wie der Medien als vielmehr von ausgeprägten Erwartungen begleitet zu werden, und unsere Arbeit wird dadurch nicht leichter, dass manche dieser Erwartungen sich wechselseitig ausschließen. Aber wir alle, die wir heute zur Konstituierung dieses Bundestages zusammensitzen, haben für dieses Mandat kandidiert, weil wir uns dieser Aufgabe gewachsen fühlen. Mit der Annahme dieses Mandats beginnt die Erledigung der übernommenen Aufgaben, in welchen Rollen auch immer.

Quelle: Deutscher Bundestag

Im Bundestag notiert: "Stiftung gegen Rechts"

Das Bundeskabinett hat keinen Beschluss zu einer neu zu gründenden "Stiftung gegen Rechts" gefasst. Dies erklärt die Bundesregierung in ihrer Antwort (16/13984) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (16/13901). Allerdings sei mit dem Entwurf zum Bundeshaushalt 2010 die institutionelle Förderung einer schon bestehenden Stiftung für Projekte gegen den Rechtsextremismus beschlossen worden, heißt es weiter.

Quelle: hib Nr. 250, 11. September 2009

Mehr als 500.000 Zuwanderer bei Integrationskursen

Von Anfang 2005 bis Ende März dieses Jahres sind für die Beteiligung an Integrationskursen insgesamt knapp 700.000 Teilnehmerberechtigungen ausgestellt worden. Wie aus der Antwort der Bundesregierung (16/13972) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/13910) hervorgeht, haben davon bisher mehr als 500.000 Zuwanderer einen Integrationskurs besucht. Fast 264.000 Teilnehmer haben den Angaben zufolge den Kurs bereits bis zum Ende absolviert. Knapp 192.000 von ihnen haben an der Integrationskursprüfung teilgenommen, die von rund 126.500 Personen oder 65,9 Prozent bestanden wurde. Wie die Regierung weiter erläutert, ist die Quote der Kursabsolventen, die die Prüfung bestehen, seit 2005 von circa 45 Prozent auf mehr als 69 Prozent angestiegen. Mit der Einführung einer neuen Sprachprüfung am 1. Juli 2009 würden "im Hinblick auf die Erfolgsquote voraussichtlich weitere Verbesserungen erreicht".

Quelle: hib Nr. 248, 9. September 2009

9.119 politisch rechts motivierte Straftaten im ersten Halbjahr 2009

Im ersten Halbjahr 2009 sind in Deutschland insgesamt 9.119 politisch rechts motivierte Straftaten registriert worden. Darunter waren 427 Gewalttaten und 6.416 Propagandadelikte, wie aus der Antwort der Bundesregierung (16/13943) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (16/13882) hervorgeht. Dabei handelt es sich den Angaben zufolge um vorläufige Zahlen, die sich aufgrund von Nachmeldungen und Korrekturen teilweise noch erheblich verändern können".

Quelle: hib Nr. 244, 1. September 2009

[zur Übersicht](#)

8. TERMINE UND HINWEISE

Informationen aus der Politischen Bildung

Weimar 1929 – Berlin 2009: Wirtschaftskrise – soziale Frage und die Zukunft der Demokratie

Fachtagung am 9./10. November 2009 in Weimar

Im Jubiläumsjahr 2009 haben in der Politik und der politischen Bildung zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden, die sich mit verfassungs- und demokratiegeschichtlichen Themen und Fragestellungen auseinandergesetzt haben. Ausgangspunkt der Fachtagung am 9. und 10. November 2009 ist die Frage, was aus der Geschichte der Weimarer Republik gelernt wurde und wie sich die soziale Verfasstheit der Berliner Republik in Zeiten der Krise darstellt. „Bonn“ war nicht „Weimar“, weil mit dem Sozialstaatsgebot eine wichtige Konsequenz aus dem Scheitern von Weimar gezogen wurde. Im Bewusstsein der Bonner Republik gehörten demokratische und soziale Fragen zusammen.

Aber nimmt die Berliner Republik diesen inhaltlichen Faden der Bonner Republik wieder auf? Wie steht es um die demokratische Substanz der Berliner Republik? Wird die globale Finanzkrise zum Katalysator der „Postdemokratie“? Diese und ähnliche Fragen sollen bei der Tagung mit Interessierten, Lehrer/Innen und Multiplikator/Innen in der Jugend- und Erwachsenenbildung erörtert werden.

Die Fachtagung wird durchgeführt von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, Arbeit und Leben Thüringen und der Ejb. Veranstaltungsort ist die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar. Informationen sowie der Einladungsflyer zum Download unter www.ejbweimar.de.

**„Angekommen! Angenommen?“ – Eltern- und Familienbildung für Familien mit Zuwanderungsgeschichte
Fachtagung am 19. November 2009 in Ludwigsfelde, Brandenburg**

Die Fachtagung „Angekommen! Angenommen?“ zielt vor allem darauf ab, die Auseinandersetzung mit dem Thema Migration in den „neuen“ Bundesländern zu fördern, damit Mitarbeiter/Innen aus Weiterbildungseinrichtungen Familien mit Migrationshintergrund bei alltäglichen Herausforderungen unterstützen können. Eltern- und Familienbildung kann einen wichtigen Beitrag zur Integration leisten.

Die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung e. V. (DEAE) initiiert die Veranstaltung in Kooperation mit dem Brandenburgischen Volkshochschulverband e. V. (BVV), der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft in Berlin-Brandenburg e. V. (EAE) und dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM).

Informationen zu Programm und Anmeldung unter <http://www.deae.de/>.

**Politische Bildung – MitWirkung in unserer Demokratie
AKSB-Jahrestagung am 23./24. November im Bonifatiushaus Fulda**

Die Erziehung zu mündigen Personen und zur Partizipation ist das herausragende Ziel politischer Bildung. Deshalb will sich die AKSB auf der Jahrestagung am 23. und 24. November im Bonifatiushaus Fulda diesem Thema widmen. Unter dem Titel „Politische Bildung – MitWirkung in der Demokratie“ soll ausgehend von den tatsächlichen Ergebnissen der Partizipationsforschung der Frage nachgegangen werden, welche Formen der Beteiligung existieren und wie sie gefördert werden können. Welche Gelingensbedingungen braucht Partizipation und welche Beispiele zu ihrer Förderung gibt es? Welches Wissen und welche Kenntnisse werden benötigt, um erfolgreich partizipieren zu können?

Ebenso will sich die AKSB der Diskussion stellen, ob und wodurch sich politische und zivilgesellschaftliche Partizipation unterscheiden. Es soll in den Blick genommen werden, welchen Auftrag die politische Bildung bei der Förderung von Beteiligung an Gesellschaft hat und ob die politische Bildung die noch näher zu definierende politische Partizipation stärker in den Blick nehmen muss als bisher.

Anhand von praktischen Beispielen werden bewährte und innovative Modelle zur Förderung von Partizipation vorgestellt. Diese sollen zum Austausch, zur Vernetzung und zur Weiterentwicklung der politischen Bildungsarbeit auf Bundesebene anregen.

In einer abschließenden Podiumsdiskussion werden die Ergebnisse und Erkenntnisse der Tagung mit Vertretern aus Politik und Gesellschaft diskutiert. Am Ende der Tagung werden Konsequenzen für die katholisch-sozial orientierte politische Bildung gezogen.

Informationen zu Programm und Anmeldung finden Sie unter <http://www.aksb.de/index.php?ID=229&mod=aktuellesdetail>

„Europa nicht ohne uns“ – XI. Simulation Europäisches Parlament 22./23. November und 6./7. Dezember Berlin

Wie entstehen eigentlich Entscheidungen in der Europäischen Union? Sind sie wirklich hart errungene Kompromisse oder doch nur der kleinste gemeinsame Nenner nationaler Interessen? Und was bedeuten dabei Demokratie und Transparenz? Die Antworten auf diese Fragen werden erst dann richtig plastisch, wenn man es selbst einmal erlebt hat. Daher lädt die Junge Europäische Bewegung Berlin-Brandenburg e.V. jedes Jahr 200 Jugendliche der 11. bis 13. Klasse zur Simulation Europäisches Parlament (SIMEP) in den Reichstag und das Berliner Abgeordnetenhaus ein. Die Schüler übernehmen für zwei Tage die Rolle von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Unter dem Motto „Europa, nicht ohne uns!“ diskutieren sie aktuelle Fragen der Europapolitik und können so selbst erfahren, wie europäische Politik in der parlamentarischen Praxis abläuft. Aufgrund der gesteigerten Nachfrage gibt es in diesem Jahr zwei Termine: 22./23. November 2009 für einzelne Schüler (Anmeldeschluss 4. November 2009) und 6./7. Dezember für ganze Schulklassen (Anmeldung telefonisch oder per E-Mail).

Informationen zum Programm und Anmeldung unter www.simep.eu.

Infoveranstaltungen der NA beim BIBB zu LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG

Die NA beim BIBB bietet Informationsveranstaltungen für potentielle Antragstellerinnen und Antragsteller in den Aktionen LEONARDO DA VINCI und GRUNDTVIG an. Die Veranstaltungen bieten einen Überblick über die Ziele und die europäischen und nationalen Prioritäten des Programms sowie Hinweise für die Antragsstellung.

Die Termine LEONARDO DA VINCI sind am 16. November 2009 in Hamburg und am 4. Dezember 2009 in München. Eine weitere Veranstaltung in Berlin wird noch terminiert. Die Informationsveranstaltungen für potentielle Antragstellerinnen und Antragsteller im Programmbereich GRUNDTVIG finden statt am 30. November 2009 in Hannover und am 3. Dezember 2009 in Weimar.

Informationen zu den LEONARDO DA VINCI-Infoveranstaltungen unter www.na-bibb.de/veranstaltungen_termine_181.html; Informationen zu den GRUNDTVIG-Infoveranstaltungen unter www.na-bibb.de/veranstaltungen_und_termine_381.html

Europäische Förderung für bürgerschaftliches Engagement Seminar zum 1. Jahrestag der Kontaktstelle EfBB am 1. Dezember 2009 in Bonn

Die Kontaktstelle Europa für Bürgerinnen und Bürger (EfBB) veranstaltet in Kooperation mit dem Projekt BBE für Europa am 1. Dezember 2009 ein Seminar über die Förderungen der EU zum bürgerschaftlichen Engagement in Europa. Die Veranstaltung richtet sich an Vereine, Verbände und andere zivilgesellschaftliche Organisationen, die europäische Kooperationsprojekte zu Themen wie Partizipation, Demokratie, Geschichte und Kultur in Europa, Institutionen und Zukunft der EU durchführen möchten. Neben einem Überblick über die EU-Förderprogramme für bürgerschaftliches Engagement wird den Teilnehmern ausreichend Raum gegeben, sich auch untereinander auszutauschen.

Das Seminar findet von 9.30 bis 18.00 Uhr im Haus der Kultur in Bonn statt. Die Teilnahmegebühr beträgt 25 Euro.

Weitere Informationen und Anmeldung unter <http://www.kontaktstelle-efbb.de/index.php?id=20>.

AKSB-Tools Academy: Handy an – Film ab 4./5. Dezember 2009 in Ludwigshafen

Am 4. und 5. Dezember 2009 dreht sich im Heinrich Pesch Haus in Ludwigshafen alles um das wichtigste Kommunikationsmittel der Jugendlichen: das Handy. Wie kommt ein Film ins Handy? Und was hat das mit politischer Bildung zu tun? Im Workshop „Handy-Clips in der politischen Bildung“ wird praktisch erprobt, wie kurze Filme gedreht und bearbeitet werden. Dabei wird erarbeitet und diskutiert, welche Möglichkeiten Handy-Clips in Seminaren zur politischen Bildung bieten. Der Workshop ist der Auftakt zur neuen Schulungsreihe „Tools Academy“, entwickelt vom Team didaktische Dokumentation „didado“ der AKSB. Tool heißt Werkzeug und genau das soll die Reihe bieten: praktisches Handwerkszeug zur Methodik und Didaktik der politischen Bildung. Die Tagung wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Die Teilnahme kostet 60 Euro inklusive Programm, Unterkunft und Verpflegung. Fahrtkosten bis zu 51 Euro werden erstattet. Informationen unter www.aksb.de/?ID=252&mod=aktuellesdetail

„erfolgreich. politisch. bilden.“

Demokratie-Kongress der Konrad-Adenauer-Stiftung am 8. Dezember 2009 in Berlin

Unter den Schlagworten „erfolgreich. politisch. bilden.“ lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung zum großen Kongress nach Berlin ins Hotel InterContinental ein. Hochrangige Persönlichkeiten aus Politik, Medien sowie aus schulischen und außerschulischen Trägern der politischen Bildung werden in Vorträgen und Foren gemeinsam mit dem Publikum darüber diskutieren, welche Zielsetzungen die politische Bildung in Zukunft verfolgen muss. Ausgewiesene Experten und Praktiker stellen Beispiele für innovative Angebote im Bereich der politischen Bildung vor. In einem begleitenden „Markt der Möglichkeiten“ präsentieren Anbieter darüber hinaus verschiedene Formen der Vermittlung politischer Bildung im virtuellen und nicht-virtuellen Bereich.

Informationen und Anmeldung unter www.kongress-politischebildung.de.

Zukunft hat Herkunft – politische Bildung gestaltet Demokratie

50 Jahre Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten am 10. Dezember 2009 in Berlin

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) feiert dieses Jahr Jubiläum. Seit seiner Gründung vor 50 Jahren hat er sich zu einem Fachverband politischer Bildung entwickelt, der heute über einhundert Jugendbildungsstätten, Bildungswerke, Heimvolkshochschulen und internationale Begegnungsstätten vertritt. Der AdB nimmt das Jubiläum zum Anlass, auf die gegenwärtige Bedeutung politischer Bildung und die Rolle von Bildungsstätten zu verweisen sowie die Herausforderungen der Zukunft zu diskutieren.

Unter dem Motto „Zukunft hat Herkunft – politische Bildung gestaltet Demokratie“ feiert der AdB sein 50-jähriges Bestehen am 10. Dezember 2009 in Berlin.

Weitere Informationen erteilt der AdB unter Tel.: 030-400 401 00, E-Mail: info@adb.de, Internet: www.adb.de

Europa und die USA – die transatlantischen Beziehungen nach einem Jahr mit Barack Obama

Europa-Multiplikatoren-Seminar vom 12. bis 17. Dezember 2009 in Bonn und Brüssel

Europa-Multiplikatoren-Seminare werden in Kooperation der Bundeszentrale für politische Bildung und der Europäischen Akademie Nordrhein-Westfalen angeboten. Sie dienen Teilnehmern als Möglichkeit der Information und der Diskussion über grundsätzliche und aktuelle europapolitische

Fragestellungen. An insgesamt fünf Tagen werden eigene Positionierungen, Denkansätze und Überlegungen durch Informationsblöcke und anschließende Diskussionen erarbeitet. Die Seminare richten sich an Menschen mit Multiplikatorenfunktion wie Lehrer/Innen oder Offiziere der Bundeswehr. Die Tagung vom 12. bis 17. Dezember 2009 in Bonn und Brüssel hat als Schwerpunkt das Thema, wie sich die transatlantischen Beziehungen nach dem ersten Amtsjahr von Barack Obama entwickelt haben.

Der Tagungsbeitrag beträgt 210,00 Euro. Informationen sowie der Einladungsflyer zum Download unter <http://www.europaeische-akademie-nrw.de/html/europaseminare.html>

Deutsch-Russischer Fachkräfteaustausch – Internationale Jugendarbeit Begegnungen am 26. bis 30. Januar 2010 in Deutschland und am 26. August 2010 bis 1. September 2010 in Russland

Mit dem Ziel, persönliche Kontakte zwischen Fachkräften der (internationalen) Jugendarbeit aus Russland und Deutschland zu ermöglichen, finden 2010 zwei Begegnungen statt. Angesprochen sind Fachkräfte mit Interesse an der Entwicklung von bi- und multilateralen Jugendaustauschprojekten. Das Projekt wird durch Mittel der Stiftung Deutsch-Russischer Jugendaustausch gefördert. Projektpartner sind in Deutschland der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW), das Theodor-Heuss-Kolleg der Robert Bosch Stiftung und der MitOst e.V sowie in Russland das Civic Engagement Institute Perm und das föderale Jugendzentrum „Orlyonok“. Die Begegnungen finden im Zeitraum vom 26. bis 30. Januar 2010 in Berlin, Weimar und an verschiedenen Bildungsstätten in Deutschland und vom 26. August bis 01. September 2010 im Föderalen Jugendzentrum „Orlyonok“ an der russischen Schwarzmeerküste statt.

Alle Interessierten können sich noch bis zum 22. November 2009 für den Austausch anmelden. Der Teilnahmebeitrag für die erste Begegnung beläuft sich auf € 50 und der für die zweite auf € 150.

Ausschreibung und Anmeldeformular unter http://dev.international.jugendnetz.de/fileadmin/user_upload/Newsletter_Forum/26.1.10.pdf.

Politik qualifiziert! Praktikant/Innen-Start-Up Seminar vom 12. bis 14. Februar 2010 in der Jugendherberge Bonn-Venusberg

Der GreenCampus der Heinrich Böll Stiftung NRW bietet auch 2010 wieder ein Seminar für junge Menschen an, die in Kürze ein Praktikum in einer Fraktion, Partei, Institution oder Stiftung machen. Die Teilnehmer werden in einem Start-Up-Wochenende optimal auf ihr Praktikum vorbereitet. Neben einer Einführung in das Projektmanagement und einem Redetraining haben sie die Möglichkeit, im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten mehr über Parteien oder Politikbetrieb zu erfahren. Die Teilnahmegebühr beträgt € 200 und sollte von der Praktikumsgeber-Organisation getragen werden.

Weitere Informationen und Anmeldung unter www.greencampus.de.

Neuer Studiengang zum Ehrenamtsmanagement Hochschulkooperation bietet berufsbegleitende Fort- und Weiterbildung an

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger möchten gesellschaftliche Verantwortung übernehmen und engagieren sich in sozialen, kulturellen und Bildungseinrichtungen. Um die Effektivität der Zusammenarbeit zu gewährleisten, stehen Hauptamtliche und Organisationen vor der Herausforderung, die Freiwilligen strategisch in bestehende Abläufe zu integrieren. Hier setzt das Weiterbildungsangebot der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt, der Evangelischen Fachhochschule Nürnberg sowie der Katholischen Stiftungsfachhochschule München, das im April

startet, an. In sieben Modulen werden am Veranstaltungsort Nürnberg die Themen Entwicklung und Wandel des Ehrenamts, Management von Ehrenamtlichen als Organisationsentwicklung, Personalentwicklungen, Evaluation und Rechtliche Absicherung, Ökonomische Grundlagen, Öffentlichkeitsarbeit und Projektwerkstatt sowie Netzwerke im Bürgerschaftlichen Engagement vermittelt. Interessierte können sich bis zum 10. März 2010 zu der Fortbildung anmelden.

Informationen und Anmeldung unter www.hochschul-kooperation-ehrenamt.de.

Fördermittel für 2010 Globales Lernen in der VHS

Der Deutsche Volkshochschul-Verband e. V. (dvv) bietet im Rahmen des Projektes „Globales Lernen in der VHS“ 2010 drei Förderprogramme im Bereich der entwicklungspolitischen Bildung an:
Förderprogramm 1: „Entwicklungspolitische Fortbildungen für Multiplikator/innen (GL)“
Förderprogramm 2: „Entwicklungspolitische Bildungsangebote für Jugendliche (EP-J)“
Förderprogramm 3: „Entwicklungspolitische Bildungsangebote für Ältere/Generation 50+(EP-50pl)“
Die Mittel für die Förderprogramme werden vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bereitgestellt und sind am Konzept für entwicklungspolitische Bildungsarbeit orientiert. Der Förderzeitraum für alle Programme ist grundsätzlich jeweils vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010. Anträge für das Förderprogramm können ab sofort bis spätestens 30. November 2009 gestellt werden.

Weitere Informationen und das BMZ-Konzept zum Download unter <http://www.dvv-vhs.de/servlet/is/44361/>

Politische Bildung für die Demokratie – AKSB-Jahrbuch 2009/2010 erschienen

Neu erschienen ist beim Wochenschau Verlag das AKSB-Jahrbuch 2009/2010 „Politische Bildung für die Demokratie“. In den Beiträgen unter anderem von Norbert Lammert, Joachim Detjen, Ingo Juchler, Bernhard Sutor und Helmut Klages werden Grundlagen und konzeptionelle Ansätze vorgestellt, die deutlich machen, wie Staat und Gesellschaft mitgestaltet werden können und welche Rahmenbedingungen zu beachten sind. Das Jahrbuch bietet zudem Einschätzungen zur jüngsten deutschen Geschichte vor und nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, zur Vollendung der deutschen Einheit und zu den Folgen der Globalisierung für die Arbeitsgesellschaft. Mit dem Jahrbuch wird ein Einblick in die konkrete Bildungsarbeit der katholischen Fachorganisation für politische Bildung, der AKSB, und ihrer Mitgliedseinrichtungen eröffnet. Die Leistungen katholisch-sozial orientierter Bildungsarbeit werden so in ihren Trends für die Öffentlichkeit fassbar und transparent. Das Jahrbuch kann beim Wochenschau Verlag, www.wochenschau-verlag.de, oder im Buchhandel bestellt werden.

AKSB-Jahrbuch. Politische Bildung für die Demokratie AKSB (Hrsg.), Wochenschau Verlag Schwalbach/Ts. 2009, ISBN: 978-3-89974477-4, 216 Seiten, 24,80 Euro

Historisch-politische Bildung zur Geschichte der DDR und zum Ende kommunistischer Diktaturen / Ausgabe 2 der AdB Zeitschrift „Außerschulische Bildung“

In diesem Jahr stehen der Fall der Mauer und die friedliche Revolution in der DDR im Mittelpunkt zahlreicher Veranstaltungen, Publikationen und anderer Aktivitäten, die an die epochalen Ereignisse vor zwanzig Jahren erinnern. Auch in der neuen Ausgabe der „Außerschulischen Bildung“ geht es um den Umbruch in der DDR und in dem Teil Europas, der einst zum sowjetischen Machtbereich gehörte. Es wird versucht, die Perspektive über den nationalen Blickwinkel hinaus zu erweitern und zu verdeutlichen, dass die entscheidenden Veränderungen innerhalb von Europa unterschiedlich wahrgenommen wurden und gewirkt haben.

Außerschulische Bildung 2-09, hrsg. vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, 113 Seiten, Bezug über die AdB-Geschäftsstelle info@adb.de, Einzelheft zum Preis von 6 Euro.

Erster „Monitor Engagement“ erschienen

Das Familienministerium hat die erste Ausgabe des „Monitor Engagement“ vorgelegt. Sie wurde von der Projektgruppe Zivilengagement am Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) erstellt. Die erste Ausgabe widmet sich dem nationalen und internationalen Stand der Engagementforschung. Das Autorenteam nimmt eine Periodisierung der Forschung zum bürgerschaftlichen Engagement seit dem Beginn der 1990er Jahre vor und stellt wichtige Forschungsstränge einzeln vor. Daneben wird die Engagementforschung in einer Reihe von europäischen Ländern (Österreich, Schweiz, Frankreich, Niederlande, Großbritannien, Schweden und Norwegen) skizziert. Hinzu kommt ein Überblick über Forschungsnetzwerke und -projekte. Abschließend benennt der Monitor Defizite und Schlussfolgerungen für die weitere Engagementforschung. Der Monitor Engagement soll vier Mal im Jahre zu wechselnden Themen des bürgerschaftlichen Engagements erscheinen.

Den Monitor Engagement finden Sie zum Download unter http://www.wzb.eu/zkd/zcm/zeng/pdf/monitor_engagement2009.pdf

[zur Übersicht](#)

9. ABBESTELLUNG

Sollten Sie keine weitere Zusendung des bap-Newsletters wünschen, bitten wir um kurze Nachricht an service@bap-politischebildung.de

10. REDAKTION

Bundesausschuss Politische Bildung

Redaktion und Kontakt:

Christina Marx

crossrelations GmbH (GPRA)

Tel.: 0211 • 88 27 36 - 46

Fax: 0211 • 88 27 36 - 11

Mail: presse@bap-politischebildung.de

I-Net: www.bap-politischebildung.de

Im Bundesausschuss Politische Bildung haben sich rund 30 bundesweit arbeitende Trägerverbände der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen. Gemeinsames Ziel der unterschiedlich orientierten Organisationen im Bundesausschuss ist es, sich für die Entwicklung und Verbesserung der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung durch Erfahrungsaustausch und Kooperation zu engagieren, die Einsicht in die Bedeutung dieses Bildungsbereichs und die Notwendigkeit seiner öffentlichen Förderung zu verbreiten und durchzusetzen.

Alle veröffentlichten Informationen beruhen auf sorgfältigen Recherchen. Den Ausführungen liegen Quellen zugrunde, die der Herausgeber als vertrauenswürdig erachtet. Für die Inhalte externer Internetseiten, auf die mit Hilfe eines Links verwiesen wird, sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich. Jegliche Haftung durch den Bundesausschuss Politische Bildung ist daher ausgeschlossen.